

## 6. Alte und neue Herausforderungen seit 1990

Gleich zu Beginn der ersten gesamtdeutschen Legislaturperiode kam die liberale Stärke bei einer nicht nur symbolisch wichtigen innenpolitischen Entscheidung zum Tragen. Die FDP gab den Ausschlag für die jahrzehntelang beschworene Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin im Falle der Wiedervereinigung, während in beiden Volksparteien knappe Mehrheiten für die Beibehaltung des Standortes Bonn votierten. Doch markierte die Pro-Berlin-Entscheidung vom 20. Juni 1991 gewissermaßen den Wendepunkt in dem seit Mitte der achtziger Jahre bestehenden Aufwärtstrend der FDP, so dass die Partei für das Wahljahr 1994 mit einer harschen Verschlechterung rechnen musste. Für die Klimaänderung war eine Reihe von Faktoren verantwortlich. Zum einen kam es in dieser Legislaturperiode zum politischen Abtritt der „alten Garde“, die über Jahrzehnte Erscheinungsbild und Profil der Liberalen bestimmt hatten: Wolfgang Mischnick übergab 1991 den Vorsitz der Bundestagsfraktion nach 23 Jahren an Hermann Otto Solms. Weit überraschender für viele war im Mai 1992 der Rückzug von Hans-Dietrich Genscher aus dem Auswärtigen Amt, mit 18 Amtsjahren war er der dienstälteste Außenminister weltweit. In der nicht auf einen Amts-Wechsel vorbereiteten Partei konnte sich in einer Kampfabstimmung Klaus Kinkel, der bisherige Justizminister und langjährige politische Weggefährte Genschers, gegen Bauministerin Irmgard Schwaetzer durchsetzen; seine Nachfolgerin im Rechtsressort wurde ebenso überraschend die 1990 erstmals gewählte Bundestagsabgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Die Übernahme des Außenministeriums durch Kinkel war zugleich aber auch eine Vorentscheidung für den FDP-Vorsitz, von dem sich Otto Graf Lambsdorff 1993 zurückzog. Der bis dahin aussichtsreichste Kandidat, Wirtschaftsminister Möllemann, hatte zum Jahreswechsel 1992/93 seinen Kabinettsposten wegen einer eher minimalen Affäre aufgeben müssen, wodurch der Weg für die Wahl Kinkels an die Spitze der FDP auf dem Parteitag in Münster (Juni 1993) frei war. Aber weder Kinkel, der erst kurz vorher offiziell der FDP beigetreten war, noch sein Generalsekretär Werner Hoyer konnten innerparteilich die Geschlossenheit hinter sich vereinen wie zuvor Genscher

und Lambsdorff. So war auch die Kandidatur von Hildegard Hamm-Brücher für das Amt des Bundespräsidenten in der Partei nicht völlig unumstritten; im dritten und entscheidenden Wahlgang stimmten die FDP-Wahlmänner mit der CDU für deren Kandidaten Roman Herzog, der dadurch das erforderliche Quorum erreichte.

Die parteiliche Geschlossenheit wurde nicht nur durch die Turbulenzen auf der Führungsebene in Frage gestellt, sondern auch durch die großen Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen der west- und ostdeutschen Teile. Hier zeigte sich, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen von Parteileben gab. Solche, die sich in 40 Jahren „real existierendem Sozialismus“ auch unter den Liberaldemokraten ausgeprägt hatten, waren kaum in Übereinstimmung zu bringen mit westlichen Vorstellungen, wobei gerade die Freidemokraten seit jeher besonders individualistischen Varianten von Parteiorganisation und -mitgliedschaft anhängen. Als Folge kehrten viele ostdeutsche „Neumitglieder“ enttäuscht über die geringe „Nestwärme“ der FDP bald den Rücken, so dass die ostdeutschen Landesverbände zahlenmäßig schnell auf „westliches“ Niveau schrumpften. Als weitere Folge wurde die Partei bei der zweiten Welle von Landtagswahlen in den neuen Bundesländern arg gerupft, sie scheiterte überall an der Fünf-Prozent-Klausel.

Schließlich erwies sich auch die Bewältigung der inneren Einheit, also die Überwindung der von fünf Jahrzehnten SED-Herrschaft hinterlassenen wirtschaftlichen und ökologischen Probleme als wenig förderlich für liberale Ideen in Ostdeutschland. Denn in der Euphorie der Einheit hatte die Regierung Kohl gegen erheblichen, aber letztlich nicht erfolgreichen Widerstand in der FDP überall auf staatliche Kräfte gesetzt, um im Osten „blühende Landschaften“ – so Bundeskanzler Helmut Kohl – zu schaffen. Außerdem musste die FDP die Einführung einer weiteren „Säule“ staatlich gelenkter Sozialpolitik, nämlich der Pflegeversicherung, mittragen. Dies alles kam zwar der in Ostdeutschland verbreiteten Mentalität entgegen und trug nicht erheblich zu den anfänglichen Erfolgen der Regierungskoalition bei Wahlen bei, aber es überforderte, was weiter blickende Geister wie Otto Graf Lambsdorff von Anfang an gesehen hatten, die Kräfte der alten Bundesrepublik. Und es führte ebenso zu einer An- resp. Überspannung der bisherigen sozialstaatlichen Instrumente, die die deutsche

Entwicklung seitdem begleiten sollte. Schließlich erwies sich der zunächst als provisorisch deklarierte „Solidaritäts“-Zuschlag zur Steuer, mit dem die Kosten der Einheit finanziert werden sollten, als sehr dauerhaft.

Außerdem hatte sich mit dem Fall der Mauer und dem Ende des alten Ost-West-Konflikts auch die weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage insgesamt völlig geändert, was erst allmählich erkannt wurde. Damit geriet aber die traditionelle deutsche Innen- und Sozialpolitik, die u. a. darauf beruhte, die durch wirtschaftliches Wachstum erzielten Fortschritte „irgendwie gerecht zu verteilen“, in eine tiefe Krise. Bei der Bundestagswahl von 1994 wurde die Regierungskoalition nur noch ganz knapp bestätigt, wobei die FDP (-4,1 Prozent) auch wegen eines nicht gerade glücklich geführten Wahlkampfes größere Verluste hinnehmen musste als die CDU (-2,3 Prozent). In der Neuauflage des Kabinetts Kohl gingen dann auch zwei Ministerämter verloren und es blieben Klaus Kinkel als Außenminister, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Justizminister sowie Günther Rexrodt, der seit 1993 als Wirtschaftsminister amtierte.

Die mittelfristig durch die Einheit bewirkte Schwäche der Liberalen betraf aber nicht nur die Bundesebene oder den Osten. Auch in vielen West-Staaten wurden Mitte der neunziger Jahre sehr schwache Wahlergebnisse erzielt, so u. a. in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Diesem Trend entzogen sich dann aber zuerst Hessen unter dem Landesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt (1995) und ein Jahr später Baden-Württemberg unter Walter Döring und Rheinland-Pfalz mit Rainer Brüderle an der Spitze. In ganz Südwestdeutschland mauserte sich die FDP wieder zu einer beachtlichen landespolitischen Kraft. Dazu beigetragen hatte auch die Berufung des langjährigen Vorsitzenden der „Jungen Liberalen“, Guido Westerwelle, zum Generalsekretär Ende 1994. Dies war zugleich die letzte wichtige Entscheidung des Vorsitzenden Klaus Kinkel, der der innerparteilichen Querelen leid, Mitte 1995 den FDP-Vorsitz an Wolfgang Gerhardt übergab.

Aufgrund ihrer unterschiedlichen Temperamente ergänzten sich der neue Vorsitzende und sein Generalsekretär sehr gut und konnten zunächst eine Reihe von Erfolgen erzielen, nicht nur bei den Landtagswahlen des Jahres 1996. Westerwelle erwies seine

Zugkraft vor allem in Richtung jugendlicher Wähler und versuchte der FDP ein neues programmatisches Fundament zu verschaffen. Dies kam 1997 mit den „Wiesbadener Grundsätzen“ zustande, mit denen die FDP den Anschluss an die vor allem in der angelsächsischen Welt stark aufgekommenen „neoliberalen“ Strömungen fand. Bemerkenswert war, dass bei diesem ersten umfassenden Grundsatzprogramm seit 1971 sowohl „altliberale“ Vordenker wie Werner Maihofer als auch der jungliberale Kreis um Westerwelle und stark von libertärem Gedankengut beeinflusste Politiktheoretiker außerhalb der Partei mitwirkten. Allgemein wurde erwartet, dass die anspruchsvollen „Grundsätze“ allenfalls mittelfristig eine größere Ausstrahlung entfalten konnten. Vorerst geriet die FDP in den allgemeinen Abwärtsstrudel am Ende der Ära Helmut Kohl. Der Koalitionsräson musste sie in wichtigen rechtspolitischen Fragen wie dem „Großen Lauschangriff“ nachgeben, was Ende 1995 zum Rücktritt der durchaus eigenwilligen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger führte. Ihren Platz im Kabinett nahm der Kieler Rechtsprofessor Erhard Schmidt-Jortzig ein. Auf der anderen Seite blieben viele Reformansätze der Regierung am Widerstand des von der SPD dominierten Bundesrates hängen. Insgesamt gab es in der Bevölkerung eine allgemeine Stimmung gegen den seit anderthalb Jahrzehnten amtierenden Kanzler, der zudem in der Frage der Nachfolge sehr ungeschickt agierte. Bei der Bundestagswahl im September 1998 wurde die gesamte Koalition deshalb „abgestraft“, wobei es diesmal die Kanzlerpartei mit einem Minus von 6,4 Prozent weit stärker traf als den liberalen Koalitionspartner (-0,7 Prozent). Da es für eine rot-grüne Mehrheit unter Gerhard Schröder im Bundestag reichte, ging die FDP zum dritten Mal nach 1956 und 1966 in Opposition.

Die Enttäuschung über den Machtverlust im Bund wurde aber einige Monate später gemildert durch das Ergebnis der hessischen Landtagswahl Anfang Februar 1999: Zwar schaffte die FDP unter der Führung von Ruth Wagner nur knapp den Einzug ins Landesparlament, aber dank Gewinnen der CDU und starker grüner Verluste reichte es für eine bürgerliche Koalition in Wiesbaden. Belastet wurde die Arbeit der neuen Landesregierung bald durch die Schwarzgeldaffäre der CDU, in die auch hessische Christdemokraten Landesverband involviert waren. Entgegen von Wünschen aus der Bundespartei verblieb die hessische FDP in der Regierung, was sich bei der nächsten

Landtagswahl 2003 mit einem Plus von fast drei Prozent auszahlen sollte. Allerdings kündigte man dann die Koalition auf, da die CDU die absolute Mehrheit gewann.

Als Oppositionspartei in Bonn und Berlin, wohin Regierung und Parlament 1999 überwechselten, versuchte die FDP auf dem Fundament der Wiesbadener Grundsätze aufzubauen. Neben dem Thema Wirtschafts- und Steuerpolitik, das zuletzt im Vordergrund gestanden hatten, nahm man sich jetzt auch schwerpunktmäßig der Fragen an, wie das föderale System und das Bildungswesen in Bundesrepublik reformiert werden konnte. Denn es zeigte sich nach dem Antritt der rot-grünen Bundesregierung schnell, dass sich an den grundlegenden Problemen Deutschlands wenig änderte, vielmehr diese sich vor allem nach dem Ende des sog. New-Economy-Boom im Frühjahr 2000 weiterverschärften: Das Wirtschaftswachstum stagnierte, die Arbeitslosigkeit wuchs und konnte selbst in Sommermonaten kaum unter zehn Prozent gedrückt werden, wobei sie im Osten immer mehr als doppelt so hoch war wie im Westen (Mitte 2002: Gesamt 9,7 Prozent = vier Millionen Arbeitslose, neue Bundesländer 18,0 Prozent, Bundesrepublik alt 7,8 Prozent). Im gleichen Maße wurden die Sozialsysteme wieder erschüttert, vor allem den Rentenkassen mussten staatliche Zuschüsse zufließen, um den Beitragssatz unter 20 Prozent zu halten. Bei den Krankenkassen stieg dieser auf durchschnittlich 14 Prozent; zusammen mit Arbeitslosen- und Pflegeversicherung machten die sog. Lohnnebenkosten insgesamt gut 40 Prozent des Bruttoeinkommens aus, weshalb Arbeit entsprechend teuer wurde und die Zahl der Arbeitsplätze abnahm. Zugleich kam die Bundesrepublik, in früheren Jahren immer finanzpolitischer Primus in Europa, in Gefahr, die von ihr – noch unter der Regierung Kohl/Kinkel - maßgeblich mit beschlossenen Stabilitätskriterien für die gemeinsame europäische Währung zu verletzen. Zwar gehörte sie Anfang 2002 zu den Ländern, die die neue Währung „Euro“ einführten, aber fortan verstieß sie mehrfach gegen die sog. „Maastricht-Kriterien“, die eine solide Haushalts und Finanzpolitik vorschrieben. Ein Kurswechsel war hier also dringend geboten und von liberaler Seite wurde auch eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, vor allem in Bezug auf Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern.

Ein weiterer Schock für die bundesrepublikanische Gesellschaft war das schlechte Abschneiden deutscher Schüler in internationalen Vergleichstests, insbesondere beim sog. ersten „Pisa-Test“ im Jahre 2001. Hier zeigten sich Defizite, die nicht nur das Schul-, sondern das gesamte Bildungswesen in Deutschland betrafen. Die FDP vertrat hier in erste Linie Konzepte, die auf mehr Eigenständigkeit der Schulen und Hochschulen, auf Differenzierung und Wettbewerb unter ihnen sowie eine Teilprivatisierung setzten.

Trotz dieser brennenden, strukturellen Probleme bestimmten den Wahlkampf des Jahres 2002 mittelbar zwei andere Themen: Die CDU litt unter den Nachwirkungen der sogenannten „Schwarzgeld-Affäre“ von 1999, die auch den vorherigen Kanzler betraf, und konnte deshalb auf Bundesebene nur mühsam ihr Tief vom Jahre 1998 überwinden. Gravierender noch waren die Auswirkungen der verheerenden Anschläge islamistischer Terroristen in New York und Washington am 11. September 2001. Zwar stellte auch Bundeskanzler Schröder den USA unmittelbar danach „uneingeschränkte Solidarität“ in Aussicht, aber als die US-Regierung die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus einige Monate später offensiv anging, unterstützte die Bundesrepublik das amerikanische Vorgehen gegen Afghanistan eher zögerlich. Im Fall des Iraks verweigerte sie sich gänzlich. Stattdessen wurde der Wahlkampf 2002 von SPD und Grünen als Frage von Krieg und Frieden behandelt und mit latenten anti-amerikanischen Ressentiments geführt.

Vorher noch hatte die FDP die Schwäche der CDU geschickt genutzt und eine Reihe Aufsehen erregender Wahlerfolge erzielt, so in Schleswig-Holstein (7,9 Prozent) und Nordrhein-Westfalen, wo der zurückgekehrte Landesvorsitzende Jürgen Möllemann die FDP mit fast zehn Prozent triumphal in den Landtag zurückführte. Daraus zog man in der Parteiführung den Schluss, dass die Meßlatte für das Bundestagswahlergebnis deutlich höher gelegt werden müsse und die FDP mit einem eigenen Kanzlerkandidaten antreten solle. Obwohl Möllemann diese Idee für sich reklamierte, wurde der neue Parteivorsitzende Guido Westerwelle – er hatte Wolfgang Gerhardt Anfang 2001 an der Spitze der Partei abgelöst, dieser blieb aber Fraktionsvorsitzender im Bundestag – im Mai 2002 als Kanzlerkandidat akklamiert. Kurz zuvor schien sich mit dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt – die FDP stieg von 4,2 auf 13,1 Prozent und konnte mit der CDU

wieder eine Regierung bilden – die Richtigkeit dieser Strategie zu beweisen; offenbar konnte die Partei doch in den Nähe des gesetzten Zieles 18 Prozent kommen zu können.

Neben der erwähnten weltpolitischen Entwicklung, bei der sich eine deutliche Mehrheit der Deutschen als Gegner des amerikanischen Vorgehens gegen den Irak herausstellte, machten dann im wahrsten Sinne des Wortes die Unbilden des Wetters diesem Vorhaben einen Strich durch Rechnung. Ein unerwartetes und verheerendes Hochwasser entlang der Elbe im Spätsommer 2002 nutzte die rot-grüne Regierung, um sich als tatkräftige Exekutive darzustellen. Die eher auf Optimismus und einen gewissen Spaßfaktor abgestellte Wahlkampagne der FDP kam daneben nicht richtig zur Geltung. Hierzu traten Meinungsunterschiede zwischen dem Parteivorsitzenden und dem eigentlichen Schöpfer dieser Kampagne, da Möllemann versuchte, seinerseits den anti-amerikanischen Gefühlsmomenten des rot-grünen Wahlkampfes emotionale Aspekte entgegenzusetzen, die allerdings Gefahr liefen, als antisemitisch gedeutet zu werden. Trotz dieser schwierigen Umstände erreichte die FDP bei der Bundestagswahl im September 2002 eine Verbesserung ihres Ergebnisses um 1,2 Prozent, das Ziel einer Ablösung der Regierung Schröder wurde aber ganz knapp verfehlt. Zum ersten Mal blieb die Partei zwei Legislaturperioden hintereinander in der Opposition auf Bundesebene.

Aufgrund dieser Bundestagswahl blieben den Deutschen die Regierung Schröder, aber auch die im Wahlkampf nur mühsam überdeckten grundsätzlichen Probleme erhalten. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter bis auf über fünf Millionen Anfang 2005, was einem Anteil von einem Achtel aller Erwerbsfähigen entsprach. Die Maastricht-Kriterien wurden drei Jahre hintereinander von Deutschland verletzt und der Ausweg wurde nicht in einer anderen Finanzpolitik, sondern in einer Änderung der Kriterien gesucht. Auch beim zweiten Pisa-Test schlossen deutsche Schüler schwach ab, und neben der Rentenversicherung geriet nun auch die Pflegeversicherung in die Bredouille. Die Krankenversicherung konnte 2004 nur durch massive Belastungen der Versicherten einigermaßen im Lot gehalten werden. Das Verhältnis zu den USA blieb als Nachwirkung des Wahlkampfes 2002 weiterhin unterkühlt, die Bundesregierung

versuchte gewissermaßen mit Paris und Moskau eine Gegenachse zu bilden und verlor nicht nur deshalb in amerikanischen Augen stark an Wert als Verbündeter.

Die FDP litt ebenfalls zunächst an den Nachwirkungen des Wahlkampfes, da sich der Fall Möllemann zu einer Affäre auswuchs, die aufgrund ihrer finanziellen Implikationen auch die Bundespartei in Mitleidenschaft zog. Kurz nach Aufhebung seiner Immunität als inzwischen fraktionsloses Bundestagsabgeordneter starb Jürgen Möllemann bei einem Fallschirmsprung im Juni 2003. Die Führung der Partei konzentrierte sich seitdem vor allem auf den Vorsitzenden Guido Westerwelle, seine seit 2001 amtierenden und aus Ostdeutschland stammenden Generalsekretärin Cornelia Pieper und den Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt. Trotz des Rückschlags auf Bundesebene, der ja eher ein Zurückbleiben hinter selbst gesetzten und (zu) hoch angelegten Zielen war, setzte sich der Trend von regionalen und lokalen Wahlerfolgen fort. Anfang 2003 gelang neben Hessen auch in Niedersachsen ein beachtlicher Zugewinn; in Hannover wurde man sogar Regierungspartei. Das Jahr 2004 sah nicht nur die Rückkehr der Liberalen in die Parlamente von Saarbrücken und Dresden, sondern auch die Wahl des von der FDP ins Spiel gebrachten Direktor des Internationalen Währungsfonds, Horst Köhler, zum Bundespräsidenten. Im Vorfeld der Europawahl machte die FDP zudem durch eine sehr junge Mannschaft unter der Führung der knapp fünfdreißigjährigen Silvana Koch-Mehrin auf sich aufmerksam; sie holte für die FDP mit 6,1 Prozent das bisher beste Europa-Wahlergebnis überhaupt. Das niedrige Durchschnittsalter der sechs FDP-EU-Parlamentarier spiegelte auch eine Entwicklung in der liberalen Mitgliedschaft wieder: Inzwischen wies die Partei einen doppelt so hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 auf als die Volksparteien, ebenso herausragend war die Zustimmung von Erst- und Jungwählern. Dies war sicherlich sowohl dem relativ jugendlichen Vorsitzenden zu verdanken, der einer anderen, jüngeren Generation angehört als die Vorsitzenden aller anderen Parteien, als auch dem neuen Image der Partei als technologisch aufgeschlossen – sie richtete als erste einen Internet-Landesverband ein – und dem Leistungsgedanken zugetan.

Mitte 2005 kann der bundesdeutsche Liberalismus auf eine ungebrochene Kontinuität von 60 Jahren seit dem Wiederbeginn 1945 zurückblicken. Im Unterschied zu früheren Epochen liberaler Geschichte ist die gesellschaftliche Breite der Liberalen sicherlich

nach dem Zweiten Weltkrieg geringer gewesen, verglichen vor allem mit der Blütezeit des deutschen Liberalismus als politisch-gesellschaftlicher Bewegung im 19. Jahrhundert. Hat er deshalb auch einen politischen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen? Das wird man ebenso mit Sicherheit verneinen können. Natürlich sind die großen Themen des klassischen Liberalismus – der nationale Verfassungsstaat, Grundrechte und wirtschaftliche Freizügigkeit – mehr oder minder zum Allgemeingut aller seriösen politischen Kräfte geworden, wenn auch zum Teil in deutlicher Abstufung. Aber die Liberalen haben der Bundesrepublik doch durchaus ihren Stempel aufgedrückt. An allen entscheidenden Wegmarken bundesrepublikanischer Geschichte zwischen 1949 und 1990 wurden die Weichen mit nicht unbeträchtlicher Hilfe der FDP in die von den Liberalgesinnten gewünschte Richtung gestellt, sei es die Wiedereinführung der (sozialen) Marktwirtschaft, sei es das bundesstaatliche Grundgesetz, sei es die Westintegration, die Entspannungspolitik, sei es die Wiedervereinigung. Nicht unterschätzen sollte man die bedeutsame Rolle der FDP dabei, dass die Weichen nicht nur so gestellt worden sind, sondern nachher der entsprechende Kurs beibehalten wurde. Zwei Mal, 1969 und 1982 hat die FDP dies nur unter starken eigenen Blessuren vermocht, aber diese Doppelrolle als Weichensteller und Kraft der Kontinuität ist ein wichtiger Teil der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte.

Jene Phasen, in denen die FDP nicht in Bonn oder Berlin mitgesteuert hat, also zwischen 1956 und 1961, von 1966 bis 1969 und seit 1998, gelten allgemein weder als die dynamischsten noch als die erfolgreichsten Jahre bundesrepublikanischer Entwicklung. Überdies fallen gerade in diese Zeiten scheinbar populäre Maßnahmen (dynamische Rente, Neuregelung der Finanzverfassung, Ausstieg aus der Kernenergie), deren großen ökonomischen Nachteile erst langfristig erkennbar geworden sind. Heute kommt man leider nicht umhin zu konstatieren, dass die Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung in vielerlei Hinsicht den Erfolgsweg früherer Jahre verlassen hat und dass diese Tendenz sich - sicherlich nicht zufällig - seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung verstärkt hat. Gleichzeitig ist immer mehr die Fähigkeit verloren gegangen, sich an die neuen weltpolitischen und – wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. So sind die klassischen Säulen des

Wirtschaftswunders – gutes wirtschaftliches Klima, Sozialpolitik mit Augenmaß, Vorrang der Freizügigkeit, feste Verankerung im Westen – inzwischen sehr morsch geworden, ohne das neue, tragfähige Fundamente in das Haus Bundesrepublik eingezogen worden sind. Der ökonomische Musterknabe Deutschland musste da zwangsläufig zum „kranken Mann Europas“ werden, die Angelsachsen sprechen schon von der „German disease“.

Aus Sicht der Liberalen sind die Instrumente für eine Rückkehr auf die Erfolgsspur allesamt seit langem bekannt und sie haben vor allem im angelsächsischen Bereich, aber längst nicht nur dort ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt:

- Vorrang der Freiheit in allen gesellschaftlichen Belangen,
- Freiheit für das Individuum, das selbst am besten seine Bedürfnisse regeln kann,
- Abbau der Bürokratie und Bevormundung,
- Vertrauen in die Eigeninitiative,
- Aufhebung von Denkverboten und Vorschriften,
- Rückbau des staatlichen Einflusses.

Die liberale Programmatik kennt ein ganzes Arsenal zu Entfaltung gesellschaftlicher, wirtschaftlichen und kultureller Dynamik. Dies muss allerdings aus liberaler Sicht einhergehen mit einer Außenpolitik, die in erster Linie die Nähe und Kooperation von solchen Staaten sucht, die gleiche Prinzipien vertreten. Das heißt, eingebettet in den Westen und auf liberalen Gesellschaftsfundamenten aufbauend braucht Deutschland auch in einer globalisierten Welt nicht um seine Stellung zu fürchten. Im Gegenteil, ein liberal geprägtes Zentrum Europas könnte wieder ein Modellfall, eine neues „Wirtschaftswundergebiet“ und eine Heimstätte der Freiheit werden und Europa auf die gleiche Bahn lenken.